

Enthaltungen gibt. – Das ist nicht der Fall. Dann ist der **Einzelplan 12** mit dem festgestellten Abstimmungsergebnis **in zweiter Lesung angenommen**.

Wir haben auch über die **Finanzplanung 2019 bis 2023** debattiert. Der Haushalts- und Finanzausschuss empfiehlt in Drucksache 17/8019, die Finanzplanung 2019 bis 2023 zur Kenntnis zu nehmen. Wenn dem niemand widerspricht – das ist der Fall –, stelle ich fest, dass die **Kenntnisnahme** erfolgt ist.

Ich weise darauf hin, dass wir die Abstimmungen über den Einzelplan 20, die dazu bereitliegenden Änderungsanträge, den Text des Haushaltsgesetzes 2020 und dessen Anlagen sowie das Gemeindefinanzierungsgesetz 2020 erst, wie angekündigt, morgen nach Abschluss aller Einzelpläne vornehmen werden. Wir werden dann auch über die Rücküberweisung der vorgenannten Gesetzentwürfe zur Vorbereitung der dritten Lesung entscheiden.

Der Präsident hat zu Beginn bereits mitgeteilt – ich wiederhole das aber gerne noch einmal –, dass das Haushaltsbegleitgesetz 2020 nur zwei Lesungen benötigt. Ich weise vorsorglich darauf hin, dass die Abstimmung in zweiter Lesung bis zur Abstimmung des Haushaltsgesetzentwurfes in dritter Lesung zurückgestellt wird.

Nach diesen Hinweisen zu den Abstimmungen rufe ich auf:

Einzelplan 03 Ministerium des Innern

Beschlussempfehlung und Bericht
des Haushalts- und Finanzausschusses
Drucksache 17/8003

Änderungsantrag
der Fraktion der AfD
Drucksache 17/7972

Änderungsantrag
der Fraktion der AfD
Drucksache 17/7973

Änderungsantrag
der Fraktion der AfD
Drucksache 17/7974

Änderungsantrag
der Fraktion der AfD
Drucksache 17/7975

Änderungsantrag
der Fraktion der AfD
Drucksache 17/7976

Änderungsantrag
der Fraktion der AfD
Drucksache 17/7977

Die Änderungsanträge der Fraktion der AfD sind meines Wissens gerade alle im Plenarsaal verteilt worden.

Ich eröffne die Aussprache. Als erster Redner hat für die SPD-Fraktion Herr Kollege Ganzke das Wort.

Hartmut Ganzke (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir diskutieren jetzt um Viertel nach elf den Einzelplan 03. Wir diskutieren den Haushaltsplanentwurf, den die Landesregierung hier für den Bereich des Ministeriums des Innern vorgelegt hat, das Aufwendungen dafür erhält, dass wir alle – egal, ob Abgeordnete, Minister, Seniorinnen und Senioren, Kinder, Jugendliche oder Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, also alle Einwohnerinnen und Einwohner in Nordrhein-Westfalen – uns sicher fühlen können. Das ist dieser Einzelplan, den wir hier diskutieren.

Im Wesentlichen geht es in diesem Einzelplan 03 um Fragen der inneren Sicherheit, der Feuerwehr und des Katastrophenschutzes in unserem Bundesland Nordrhein-Westfalen. Hinter diesen meist nackten Zahlen, die in einem Haushaltsplan immer wieder aneinandergereiht werden, stehen auch Entscheidungen für die innere Sicherheit in Nordrhein-Westfalen.

Selbst als Oppositionspolitiker halte ich fest, dass hier einiges für die innere Sicherheit in Nordrhein-Westfalen getan wird. Ich erinnere daran, dass gerade auch der Finanzminister hier den Wunsch nach mehr Polizei auf der Straße geäußert hat. Liebe Kolleginnen und Kollegen, lieber Herr Innenminister, wir werden Sie natürlich daran messen, dass mehr Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte auf die Straßen in Nordrhein-Westfalen kommen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen insbesondere von den regierungstragenden Fraktionen, ich sage Ihnen aber auch klar und deutlich: Auch in den vergangenen Jahren wurde vieles getan, um die Sicherheit in Nordrhein-Westfalen zu gewährleisten. Gleich wird der geschätzte Kollege Dr. Katzidis ans Redepult treten. Ich weiß nicht, was er sagen wird. Möglicherweise wird er hier behaupten, dass in Nordrhein-Westfalen erst seit dem Sommer 2017 wieder eine Sicherheitslage herrscht, die es den Menschen ermöglicht, hier sicher zu leben. Es kann allerdings auch sein, dass er dazugelernt hat und das nicht tun wird. Wenn er es aber tut, dann wird es genauso falsch sein wie immer. Sie haben das ja auch im Innenausschuss in den letzten zwei Jahren immer wiederholt, Herr Kollege Dr. Katzidis.

(Beifall von der SPD – Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN)

Ich will Ihnen auch genau sagen, warum es falsch wäre, wenn Sie das behaupten würden.

(Zuruf von Marc Lürbke [FDP])

Denn wenn Sie hier öffentlich so etwas behaupten – auch Sie, Herr Kollege Lürbke –, dann werfen Sie den Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten, den im Katastrophenschutz tätigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sowie den vielen Kameradinnen und Kameraden, die hauptamtlich und ehrenamtlich in der Feuerwehr tätig sind, indirekt vor, dass sie bis 2017 nicht das getan haben, was sie ab 2017 genauso gut zum Wohle der Bürgerinnen und Bürger tun,

(Sven Wolf [SPD]: Genau!)

nämlich dafür zu sorgen, dass wir alle hier in Nordrhein-Westfalen sicher leben können.

(Zuruf von Gregor Golland [CDU])

Liebe Kolleginnen und Kollegen, unsere Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten und gerade auch die Kameradinnen und Kameraden der Feuerwehr sowie die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Katastrophenschutz – da sind wir uns einig; das weiß ich aus dem Innenausschuss, auch vom Vorsitzenden Daniel Sieveke – machen einen tollen Job. Das wissen wir alle, liebe Kolleginnen und Kollegen. Sie arbeiten nicht nur für uns alle. Sie begeben sich in Gefahr für uns alle. Sie riskieren ihre Gesundheit für uns alle. Manches Mal riskieren sie auch ihr Leben für uns alle.

Deshalb wäre es kleinkariert, wenn wir uns hier streiten und behaupten würden, dass diese Kolleginnen und Kollegen ab 2017 noch viel besser für unsere Sicherheit arbeiten, als sie es vorher gemacht haben.

(Marc Lürbke [FDP]: Dann müssen Sie es besser machen! – Zuruf von Gregor Golland [CDU])

Denn dann würden wir den Kolleginnen und Kollegen, um die es geht, nicht den notwendigen Respekt erweisen. Und das ist das Wichtige, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall von der SPD – Zuruf von Marc Lürbke [FDP])

– Lieber Kollege Lürbke, wir kommen auch direkt zum Haushalt. Aber Sie sind doch immer derjenige, der fordert, denjenigen, um die es geht, die für uns den Rücken krumm machen und den Hintern hinhalten, auch den entsprechenden Respekt entgegenzubringen. Und das tun wir. Liebe Freundinnen und Freunde, Kolleginnen und Kollegen, den mehreren Zehntausenden Angehörigen müssen wir diesen Respekt zollen.

Seitens der SPD-Fraktion haben wir das auch im zuständigen Innenausschuss getan, indem wir bei einem Haushaltsplanentwurf, der sich insgesamt auf über 6,2 Milliarden Euro beläuft, den regierungstragenden Fraktionen gesagt haben: Wir stellen drei Änderungsanträge zu diesem Haushalt. Überlegt euch doch einmal, ob ihr da nicht mitgehen könnt.

Es waren folgende drei Haushaltsanträge:

Erstens. Wir wollten die Mittel für Aus- und Fortbildung gerade in dem Bereich der Weiterbildung für die Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten, die Jugendliche und auch Kinder vernehmen müssen, von 4,87 Millionen Euro auf 5,5 Millionen Euro erhöhen. Das sind 630.000 Euro, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Zweitens. Wir wollten die Mittel zur Ausstattung unserer Polizeikräfte mit Schutzwesten von 22,18 Millionen Euro auf 22,98 Millionen Euro erhöhen, also um 800.000 Euro.

Drittens. Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir wollten – auch das sage ich als Oppositionspolitiker – Sie unterstützen. Schließlich sagen Sie in jedes Mikrofon, dass auf dem Kampf gegen die Clankriminalität und gegen die Organisierte Kriminalität Ihr Hauptaugenmerk liegt.

(Zurufe von der CDU)

Wir wollten Sie unterstützen, indem wir dafür 100 Stellen beantragen.

Das waren die Anträge, die wir im Innenausschuss gestellt haben. Ich muss Ihnen leider sagen, liebe Kolleginnen und Kollegen: Sie haben sich diese Anträge mit einem Gesamtvolumen von 3,93 Millionen Euro noch nicht einmal angehört. Sie haben sie weggestimmt.

Deshalb habe ich gerade auch vermutet, dass beim Kollegen Dr. Katzidis wahrscheinlich wieder die alte Leier kommen wird.

Das lassen wir Ihnen nicht durchgehen, liebe Kolleginnen und Kollegen. Wir kümmern uns um die Polizei vor Ort, und Sie hauen diese Anträge einfach weg. Das wären – bei einem Haushalt von insgesamt 6,2 Milliarden Euro – 3,93 Millionen Euro gewesen.

(Beifall von der SPD)

Das zeigt, dass wir den Auftrag, den wir insgesamt als Politik haben, ernst nehmen. Wir müssen mit den betreffenden Personengruppen reden. Diese Haushaltsanträge waren Ausgestaltungen aus den Gesprächen, die wir mit den Polizeigewerkschaften geführt haben. Wir haben sie gemeinsam mit den Betroffenen gestellt. Sie haben diese Haushaltsanträge im Innenausschuss abgelehnt, obwohl wir Ihnen angeboten hatten: Wenn es bei Ihnen eine Möglichkeit der Verständigung gibt, gibt es auch auf unserer Seite eine Möglichkeit der Verständigung.

Sie haben die Anträge abgelehnt. Wir werden den Haushalt ablehnen. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Ganzke. – Für die CDU-Fraktion spricht Herr Dr. Katzidis.

Dr. Christos Georg Katzidis (CDU): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Verehrter Kollege Ganzke, ich finde es super, dass Sie den Bereich der Innenpolitik jetzt, im Jahre 2019, endlich ernst nehmen.

(Beifall von Josef Hovenjürgen [CDU])

Ich hätte mir gewünscht, dass Sie das früher auch schon getan hätten.

(Beifall von der CDU – Gegenruf von der SPD:
Tosender Applaus! Der Saal tobt!)

Wir halten genau das, was wir auch in Wahlkampfzeiten versprochen haben. Das macht der Haushalt 2020 noch einmal deutlich. Sie haben es ja selber auch schon erwähnt: Das ist jetzt die dritte Steigerung in Folge im Bereich des Innenministeriums – auf 6,2 Milliarden Euro. Demzufolge führen wir auch die Schwerpunktsetzung in diesem Bereich ganz klar weiterhin fort.

(Beifall von der CDU)

Das, was hier in der Vergangenheit brachgelegen hat, können wir auch nicht in einer halben Legislaturperiode aufholen.

Sie haben Ihre Anträge gerade dargestellt und dazu vorgetragen. Sie haben mir im Innenausschuss auch vorgeworfen, ich würde sie ja noch nicht einmal lesen. Um Ihnen einmal zu zeigen, was ich alles lese – eigentlich sollten Sie mich nach zweieinhalb Jahren besser kennen –, ein kurzes Zitat von zwei Sätzen:

„Der demografische Wandel stellt die Polizei in NRW vor eine schwierige Situation. Um in den nächsten Jahren die Pensionierungen von jährlich bis zu 2.000 Polizistinnen und Polizisten abzufedern, werden wir an der heute die Ausbildungsmöglichkeiten erschöpfenden jährlichen Einstellung von 1.400 Anwärterinnen und Anwärtern festhalten.“

Das ist ein Zitat aus Ihrem Koalitionsvertrag aus dem Jahre 2012.

Ich habe kein Abitur und hatte nie Mathe-Leistungskurs.

(Zurufe von der SPD)

Aber bei 1.400 Einstellungen und 2.000 Pensionierungen wird doch deutlich, was Sie hier in den letzten sieben Jahren Ihrer Regierungsverantwortung gemacht haben.

(Beifall von der CDU und der FDP – Christian Dahm [SPD]: Das stimmt doch auch gar

nicht! – Zuruf von Heike Gebhard [SPD] – Weitere Zurufe – Glocke)

Ich gestehe Ihnen ja zu, dass Sie von Ihrem Koalitionsvertrag abgewichen sind und auf öffentlichen Druck hin die Einstellungszahlen erhöht haben – aber zu keinem einzigen Zeitpunkt über die Pensionenzahlen hinaus. Sie haben sie auf bis zu 2.000 erhöht. Aber wenn Sie 2012 schon in Ihrem Koalitionsvertrag geschrieben haben, dass mit jährlich bis zu 2.000 Pensionierungen zu rechnen ist, dann haben Sie mit direktem Vorsatz den Personalkörper der Polizei in NRW vor die Wand gefahren.

(Beifall von der CDU und der FDP – Zuruf von der SPD: Diese Behauptung ist seit Jahren falsch und wird nicht besser!)

Wir kratzen jetzt alles von der Wand, stellen unsere Polizei wieder aufrecht hin und stärken ihr den Rücken. Sie haben es auch dargestellt.

Was die Einstellungszahlen angeht, haben wir schon einiges getan: von 2.000 auf 2.300 erhöht, von 2.300 auf 2.500 erhöht. Jetzt kommt noch einmal etwas für den Kampf gegen den Rechtsextremismus dazu. Wir setzen auch in diesem Bereich personell einen ganz klaren Schwerpunkt und führen das auch konsequent in der Zukunft fort.

Aufgrund des dreijährigen Studiums wird es leider erst ab 2020 einen Nettozuwachs geben. Das kompensieren wir – das haben Arne Moritz und Herr Minister Lienenkämper eben dargestellt – mit den Polizeiverwaltungsassistenten. Da schaffen wir in jedem Jahr bis 2022 zusätzliche 500 Stellen,

(Verena Schäffer [GRÜNE]: Die nur leider nicht besetzt sind!)

was in der Summe 2.500 Stellen sind, Frau Kollegin Schäffer, die noch einmal zusätzlich hinzukommen.

(Monika Düker [GRÜNE]: Aber keine Köpfe! – Verena Schäffer [GRÜNE]: Allein die Stellen nutzen nichts! Darauf müssen auch Leute sitzen!)

– Da gebe ich Ihnen uneingeschränkt recht. Die meisten Stellen sind aber zumindest nach den Ausschreibungen 2018 und 2019 besetzt. Sie wissen selber, wie schwierig das bei dem Fachkräftemangel ist.

(Verena Schäffer [GRÜNE]: Lächerlich!)

– Ich weiß ja, dass Sie ideologisch geprägt sind.

(Beifall von der CDU)

Sie wissen selber, wie schwer es ist, Fachkräfte zu finden. Aber viele Stellen davon sind schon besetzt.

Wir tun nicht nur im Bereich des Personals etwas, sondern auch in anderen Bereichen, die brachgelegen haben.

(Christian Dahm [SPD]: Oh!)

Stichwort „Ausstattung“: Hier ist dargestellt worden, Sie hätten in der Vergangenheit auch das eine oder andere getan – was ich persönlich jetzt nicht wirklich erkennen kann.

Wenn Frau Düker von den fehlenden mobilen Endgeräten bei der Polizei spricht, dann stelle ich mir die Frage, was Sie in Ihrer Regierungszeit an mobilen Endgeräten angeschafft haben und was Sie überhaupt an Technik angeschafft haben.

Ich kann Ihnen sagen: Mit Herrn Minister Reul wird ab nächstem Jahr der rot-grüne Notizblock im Streifenwagen ein Ende haben, weil wir 20.000 Smartphones anschaffen werden.

(Beifall von der CDU – Vereinzelt Beifall von der FDP)

Das ist die Realität in Nordrhein-Westfalen. Da werden wir auch konsequent weiter voranschreiten –

(Zuruf von Monika Düker [GRÜNE])

genauso wie im Bereich der Technik, wo der Ansatz um 62,8 Millionen Euro erhöht wird. Ein Großteil davon ist für die digitale Offensive bei der nordrhein-westfälischen Polizei. Alleine 27,5 Millionen Euro sind für die fortlaufende Erneuerung und Verbesserung der IT-Ausstattung, insbesondere auch von Hard- und Software für den ganzen Bereich der Bekämpfung der Kinderpornografie – ich glaube, da haben wir auch Konsens –,

(Beifall von der CDU und der FDP)

damit dort zukünftig auch künstliche Intelligenz genutzt werden kann, um die Polizistinnen und Polizisten bei dieser grauenvollen Arbeit zu entlasten. Auch da werden wir noch einmal nachlegen, was die Softwareausstattung angeht. Da tun wir also einiges.

Wir sorgen natürlich auch bei der Fachhochschule für eine entsprechende Aufstockung, um den ganzen Dingen, die wir in anderen Bereichen umsetzen, Rechnung zu tragen.

Wir hatten schon früher ballistische Helme angeschafft, die auch weiterhin angeschafft werden. Auch in diesen Bereichen tun wir also etwas.

Auch die Bodycams werden bis 2020 weiter vorangetrieben mit 9.000, die angeschafft werden sollen. Gerade in meiner Heimatbehörde werden sie das erste Mal im Dezember auf dem Weihnachtsmarkt eingesetzt werden, genauso wie in anderen Behörden auch, was früher schon sinnvoll gewesen wäre. Ich hoffe, dass das auch zukünftig so weitergeht, auch von der Umsetzung dessen, was wir immer und immer wieder gesagt haben und auch ganz konsequent verfolgen.

Wir tun aber nicht nur im Bereich der Polizei etwas, wir tun auch etwas im Bereich Feuerschutz und Hilfeleistungen. Es gibt eine Erhöhung um 3,2 Millionen Euro für die Stärkung der Imagekampagne „Freiwillige Kräfte im Katastrophenschutz“, für die Instandhaltung älterer Feuerlöschbote. Auch erhöhen wir die Zuschüsse an die Gemeinden um 900.000 Euro auf dann insgesamt 38 Millionen Euro. Also auch da tun wir einiges; den Bereich haben wir ganz sicher mit im Auge.

Ich verweise auf das Institut der Feuerwehr, in dem wir auch neue Stellen schaffen, sieben neue Stellen, vier alleine für neue Lehrprodukte und die Koordinierung der Fortbildung, für die Weiterentwicklung und das Medienzentrum, für die Stärkung der IT-Sicherheit und für die Stärkung des Geschäftszimmers und der Teilnehmerverwaltung. Auch dort geschieht also einiges.

Herr Kollege Ganzke, ich gebe Ihnen ausdrücklich recht: Die Bediensteten in den Bereichen Rettungsdienste, Katastrophenschutz, Feuerwehr, Polizei haben auch in der Vergangenheit eine hervorragende Arbeit gemacht, weil nämlich für jeden von ihnen der Job Berufung ist. Aber umso wichtiger ist es auch, dass eine Regierung hinter jedem Einzelnen steht und ihm eine entsprechende Wertschätzung entgegenbringt.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Genau das machen wir jetzt und werden wir auch weiter konsequent umsetzen.

Lassen Sie mich abschließend noch etwas sagen, um mir nicht von rechts den Vorwurf anhören zu müssen, ich würde die Änderungsanträge der anderen Opposition nicht lesen. Sie haben ja einen Wandel vollzogen, der ist beeindruckend – von der rechten Opposition auf die Seite ganz nach links, was die maßlosen Ausgaben angeht. Acht Änderungsanträge mit knapp 100 Millionen Euro haben Sie zum Haushalt hier vorgelegt, von denen aber wenig bis gar keine im Prinzip auf Ihre eigene Fraktion zurückgehen.

Sie stellen in den Änderungsanträgen dar, dass Sie im Wesentlichen nur Positionen und Forderungen der drei Polizeigewerkschaften übernehmen, indem Sie eins zu eins das reinschreiben, was die Gewerkschaften fordern, angefangen bei den Regierungsinpektorenanwärtern, der Erhöhung von 63 auf 100, die von der GdP auch schon gefordert worden ist, über die flächendeckende Einführung von Schutzwesten,

(Zuruf von Helmut Seifen [AfD])

die Zulagen in Höhe von 1.000 Euro für IT-Experten und die Zulagen in den Bereichen BePo, Kinderpornografie und Ermittlungskommission. Vor zwei Jahren haben Sie im Bereich der Bereitschaftspolizei noch 100 Euro gefordert, jetzt haben Sie noch mal aufgestockt, 50 % und mehr gefordert und eine

Summe von knapp 100 Millionen Euro einfach mal so rausgehauen.

Das ist, finde ich zumindest, ein Stück weit Populismus, wie das bei Ihnen ja auch nicht unüblich ist. Sie wollen alle bedienen, Sie wollen allen ein Zückerchen geben, Sie wollen es allen recht machen, und Sie wollen die Leute für sich einkaufen.

(Helmut Seifen [AfD]: Wir haben eigene Vorschläge gemacht!)

Ich sage Ihnen: Die Leute sind nicht so doof, dass sie es nicht merken. Sie merken, was Sie für eine Politik machen. Die Kolleginnen und Kollegen in der Polizei merken sehr wohl, was Sie hier veranstalten. Ich glaube auch, dass registriert wird, wer wirklich eine ehrliche, wertschätzende Politik macht, wer wirklich ehrlich bemüht ist, Verbesserungen herbeizuführen, und wer Populismus betreibt, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall von der FDP)

Abschließend ein herzlicher Dank an die Landesregierung, an unseren Ministerpräsidenten Armin Laschet, an das gesamte Kabinett für die Erhöhung des Haushaltsansatzes im Bereich des Innenministeriums, diesem so wichtigen Bereich. Ich hoffe, dass wir gemeinsam in der Zukunft genauso weitermachen können. Die Herausforderungen bleiben groß oder werden gegebenenfalls noch größer, wenn man sich etwa den Komplex „Bergisch Gladbach“ anschaut, bei dem wir nicht wissen, wie groß die Dimension ist. Ich glaube, da haben wir einiges zu tun, einiges nachzuholen. Wir für unseren Teil bleiben dran.

Verehrter Kollege Ganzke, wir werden ganz sicher Nordrhein-Westfalen auch in der Zukunft noch sicherer machen. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Dr. Katzidis. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht Frau Kollegin Schäffer.

Verena Schäffer (GRÜNE): Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Eigentlich wollte ich den Blick nicht nach hinten werfen, weil ich immer finde, dass das wenig zielführend ist.

(Ralf Witzel [FDP]: Peinlich für Sie!)

Aber, Herr Katzidis, so kann man das dann doch nicht stehen lassen. Ich will einmal daran erinnern, wer für dieses Pensionsloch verantwortlich ist. Es war Schwarz-Gelb, die damals ab 2005 die Einstellungszahlen halbiert haben.

(Zuruf von Marc Lürbke [FDP])

– Herr Lürbke, es tut mir leid, ich verstehe auch, dass Ihnen das wehtut. Aber es ist leider die Realität.

(Beifall von den GRÜNEN)

Trotzdem will ich auch hier ganz klar und deutlich sagen: Ich bin froh, dass mehr eingestellt wird. Ich bin froh darüber, weil wir wissen, dass es mehr Herausforderungen und andere Themen für die Polizei gibt. Insofern sind höhere Einstellungen auch richtig. Dass eine Landesregierung, die so massiv von Steuermehreinnahmen profitiert, mehr Polizistinnen und Polizisten einstellt, halte ich persönlich ein Stück weit für eine Selbstverständlichkeit. Es ist wahrlich nichts, liebe Kollegen, für das man sich auf die Schultern klopfen muss. Jede andere Regierungskoalition hätte das hier genauso gemacht und mehr Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte eingestellt.

(Beifall von den GRÜNEN – Widerspruch von der FDP)

Gucken Sie doch mal in die Wahlprogramme! Es waren die Grünen, ich glaube auch die SPD, die konkrete Zahlen in ihre Wahlprogramme geschrieben haben.

(Zurufe von der FDP)

Es waren ausweislich nicht CDU und FDP.

(Zurufe – Glocke)

Insofern: Seien Sie doch redlich! Wie gesagt, ich wollte das gar nicht ansprechen. Diese Schärfe hier reinzubringen, das machen Sie an dieser Stelle, und das ist nicht zielführend.

Aber eines will ich schon noch sagen: Wir haben jetzt eine Einstellungszahl von 2.500 Kommissaranwärterinnen und -anwärtern. Schön wäre nur, wenn diese 2.500 auch genauso ankommen würden. Aber die Abbrecherquote ist unter Schwarz-Gelb deutlich gestiegen. Vor einigen Jahren hatten wir noch eine Quote ...

(Lachen von Herbert Reul, Minister des Innern)

– Herr Reul, das müssen Sie widerlegen. – Wenn man sich die Zahlen anschaut – ich habe das gemacht, ich habe mir noch einmal die Anfrage von Frau Korte von vor einigen Jahren angeschaut –, ergibt sich Folgendes: Seinerzeit betrug die Abbrecherquote 5 bis 10 %. Wir liegen momentan bei einer Abbrecherquote von 16 %. Zu sagen, es werden mehr eingestellt, deshalb steigt automatisch die Abbrecherquote, finde ich als Erklärungsansatz ziemlich eindimensional.

(Beifall von den GRÜNEN)

Ich finde, man muss sich damit auseinandersetzen: Was sind denn die Ursachen für die Abbrecherquote? Solange Sie, Herr Reul, diesen Ursachen nicht auf den Grund gehen und nicht ernsthaft daran

arbeiten, die Abbrecherquote zu senken, solange müssen wir davon reden, dass von den 2.500 nur 2.100 ankommen. Das ist doch die Realität. Das können wir doch nicht hinnehmen. Wir müssen darüber sprechen,

(Zuruf von Marc Lürbke [FDP])

wie man die Abbrecherquote senken kann. Solange Sie nicht anfangen, die Ursachen zu erforschen und ernsthaft zu versuchen, die Abbrecherquote zu senken, ist das eine Luftbuchung, die Sie hier vornehmen. Und das wissen Sie auch.

(Beifall von den GRÜNEN)

Wir alle wissen, dass die hohen Einstellungszahlen natürlich zur Folge haben, dass die Aus- und Fortbildungskapazitäten bei der nordrhein-westfälischen Polizei nahezu ausgereizt sind.

(Zuruf von Josef Hovenjürgen [CDU])

Das LAFP hat den Ausbildungsbetrieb sehr erfolgreich umgestellt, aber das darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass wir insgesamt bei der Polizei einen hohen Fortbildungsbedarf haben. Der Fall Lügde – wir haben das hier ausführlich diskutiert – hat uns das für einen bestimmten Bereich noch einmal deutlich vor Augen geführt. Wie Sie diesem Fortbildungsbedarf insgesamt begegnen wollen, darauf haben Sie meines Erachtens keine schlüssigen Antworten, Herr Reul.

(Zuruf von Herbert Reul, Minister des Innern)

Ich will gerne beispielhaft zwei Bereiche herausgreifen, woraus hervorgeht, wie leichtfertig Sie mit Fortbildungsbedarfen umgehen.

Erstes Beispiel ist das Programm „Spezialisten zu Polizisten“. Sie wollen, dass in die Direktionen „Kriminalpolizei“ und „Verkehr“ frisch ausgebildete Polizeibeamtinnen und -beamte gesteckt werden, um diese Bereiche zu stärken. Das klingt gut – keine Frage –, aber auch hier steckt der Teufel im Detail.

Sie wollen neue Fortbildungsmodule für diese jungen Beamten konzipieren. Ich finde es, ehrlich gesagt, nicht nachvollziehbar, warum Sie bei den angehenden Kripobeamten nicht auf die bewährte „Einführungsfortbildung K“ zurückgreifen. Sollte sich herausstellen, dass auf Kosten dieser neuen Fortbildung für die neuen Beamtinnen und Beamten, die direkt in die Direktionen „Kriminalpolizei“ und „Verkehr“ gehen sollen, andere Kripo-Fortbildungen ausfallen müssen,

(Herbert Reul, Minister des Innern: Nein!)

dann wäre Ihr angekündigtes Programm eine Luftbuchung. – Sie sagen hier „Nein“, aber im Ausschuss konnten Sie es leider nicht erklären. Ich bin jetzt gespannt, wie Sie damit umgehen. Aber es wäre eine Luftbuchung, wenn dafür andere Fortbildungen im Bereich „Kriminalität“ ausfallen würden.

Ein zweites Beispiel für das Thema Fortbildung: Stichwort Bodycams. Die Evaluation der Bodycams hat eindeutig ergeben, dass sie eine deeskalierende Wirkung haben können und damit in manchen Situationen auch einen Schutz für Polizeibeamtinnen und -beamte darstellen können. Allerdings kommt die Studie auch zu dem Schluss, dass sich das Verhalten der Polizeibeamtinnen und -beamte mit Einschalten der Kamera verändert und sie dann zum Teil sogar häufiger angegriffen werden. Das wäre völlig kontraproduktiv.

Wie durchbricht man diese Wirkung? – Man durchbricht sie durch Fortbildung. Nur wie diese Fortbildung gewährleistet werden soll, blieb im Innenausschuss völlig offen. Stattdessen werden die Bodycams jetzt für viel Geld in die Fläche getragen und ausgerollt – natürlich ohne eine ausreichende Fortbildung anzubieten.

(Zuruf von Josef Hovenjürgen [CDU])

Damit wird die wissenschaftliche Evaluation ignoriert. Das finde ich persönlich unverantwortlich gegenüber unseren Polizistinnen und Polizisten, weil Sie ihnen mit den Bodycams eine Sicherheit vorgaukeln. Im schlimmsten Fall werden sie sogar aufgrund der Bodycam angegriffen. Das ist ideologiebetriebene Politik,

(Beifall von den GRÜNEN – Lachen und Widerspruch von der CDU)

die wissenschaftliche Erkenntnisse ignoriert und im Zweifelsfall zu einer Gefährdung unserer Polizei führt.

Ich freue mich, Herr Hovenjürgen, dass Sie so viel Spaß bei der Diskussion haben. Vielen Dank für das aufmerksame Zuhören.

(Beifall von den GRÜNEN – Zurufe von CDU, der SPD und der FDP – Glocke)

Das Thema Ideologie, damit sich Herr Hovenjürgen weiter freuen kann, ist auch das richtige ...

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Frau Kollegin Schäffer, Entschuldigung, dass ich Sie unterbreche. Herr Dr. Katzidis würde Ihnen gerne eine Zwischenfrage stellen.

Verena Schäffer (GRÜNE): Immer sehr gerne.

Dr. Christos Georg Katzidis (CDU): Liebe Frau Kollegin Schäffer, ich würde gerne auf eine andere Sache ganz kurz zurückkommen, bevor es zu ideologisch wird. Ist es nicht zutreffend, dass sich 2003 zu der Zeit der Regierung Steinbrück die Einstellungszahlen auf ungefähr 1.100 beliefen und dann im Jahre 2004 unter der Regierung Steinbrück auf 500? Ist das zutreffend oder nicht zutreffend?

Verena Schäffer (GRÜNE): Ach, Herr Katzidis, das sind doch alle Kamellen. Das haben wir im letzten Jahr schon diskutiert.

(Heiterkeit von den GRÜNEN und der SPD – Lachen und Widerspruch von der CDU und der FDP)

– Warten Sie doch mal die Antwort ab.

(Zurufe von der CDU und der FDP)

Ich meinte mit „allen Kamellen“ nicht, dass ich das wegdiskutieren will. – Herr Katzidis, jetzt hören Sie bitte aber auch zu, wenn ich Ihre Frage beantworte.

(Zurufe – Unruhe – Glocke)

Es bezog sich darauf, dass Sie mir genau die gleiche Frage schon im letzten Jahr gestellt haben. Ich habe mir noch einmal das Plenarprotokoll vom letzten Jahr durchgelesen, um mich vorzubereiten. Es gehört ja auch dazu, dass man sich vor so einer Debatte vorbereitet. Genau diese Frage haben Sie mir letztes Jahr schon einmal gestellt.

(Zurufe – Glocke)

Ich kann es Ihnen, wie im letzten Jahr, gerne noch einmal erklären: Damals wurden die Einstellungszahlen reduziert, und gleichzeitig wurden – das ist jetzt wichtig – die Arbeitszeiten erhöht. Dadurch gab es einen Ausgleich der Stellen durch die Erhöhung der Arbeitszeit.

(Zuruf von Ralf Witzel [FDP] – Mehrere Zurufe von der CDU)

Das kann man – auch aus Gewerkschaftssicht – kritisieren, aber die Stellenäquivalente, und das ist das Entscheidende, waren die gleichen. Das steht im Gegensatz zu der Reduzierung, die Sie vorgenommen haben.

(Beifall von den GRÜNEN – Widerspruch von der CDU und der FDP)

Es lohnt sich manchmal, Herr Katzidis, sich so etwas auch einmal im Detail anzugucken.

(Ralf Witzel [FDP]: Das ist doch Unsinn!)

– Das ist kein Unsinn; wir können die Tabellen gerne gemeinsam durchgehen.

(Zurufe von der CDU, der SPD und der FDP)

Es war übrigens Schwarz-Gelb, die damals eine Untersuchung über die demografische Frage durchgeführt hatten, wie viele Polizeibeamtinnen und -beamte abgehen würden.

(Ralf Witzel [FDP]: Wo haben wir denn reduziert? – Zuruf von Michael Hübner [SPD])

Schwarz-Gelb hat keinen Ausgleich geschaffen. Dieser Bericht wurde mit Beginn der rot-grünen Koalition aus der Schublade gezogen,

(Zurufe von der CDU, der SPD und der FDP)

und wir waren es, die damals die Einstellungszahlen erhöht haben. – Aber wie gesagt, ich finde diese Diskussion überhaupt nicht zielführend.

(Zurufe von der CDU und der FDP)

Lassen Sie uns doch nach vorne blicken und diskutieren, was diese Polizei braucht. Nach hinten zu schauen bringt doch nichts. Vielen Dank.

Jetzt will ich mit meiner Rede fortfahren und das Stichwort „Ideologie“ aufgreifen, weil Sie das gerade so amüsiert hat, Herr Hovenjürgen. Ideologie ist doch auch ein gutes Stichwort für die Änderungen des Polizeigesetzes, die Sie im vergangenen Jahr vorgenommen haben.

(Zuruf von Josef Hovenjürgen [CDU])

Diese Änderungen spiegeln sich jetzt auch im Haushalt wieder. Aufgrund der Zeit, die ich noch habe, nenne ich nur ein paar Zahlen: 8,6 Millionen Euro für die Telekommunikationsüberwachung,

(Beifall von Daniel Sieveke [CDU])

2 Millionen Euro insgesamt für die Videobeobachtung. Das sind erhebliche Kosten für ein Gesetz, das nicht wirksam ist, das nicht effektiv ist, das zulasten der Freiheitsrechte geht.

(Daniel Sieveke [CDU]: Jawoll!)

Deshalb werden wir diesen Einzelplan auch ablehnen.

(Beifall von den GRÜNEN – Josef Hovenjürgen [CDU]: Nichts anderes haben wir erwartet!)

Zweieinhalb Jahre nach Regierungsbeginn will ich aber gerne auch noch einen Ausblick nach vorne geben: Ich glaube, dass wir uns in den nächsten zweieinhalb Jahren noch einmal sehr intensiv mit der Frage der Organisationsstruktur unserer Polizei in Nordrhein-Westfalen auseinandersetzen müssen.

Der Missbrauchsfall von Lügde – der Innenminister hat selbst von einem Versagen der Polizei gesprochen – offenbart doch, dass diese Polizeistruktur mit 47 Kreispolizeibehörden – davon 18 Polizeipräsidien und 29 Landratsbehörden – sowie 3 Landesoberbehörden völlig überholt ist. Kein anderes Bundesland leistet sich eine so zersplitterte Struktur wie Nordrhein-Westfalen. Ich gehe auch davon aus, dass es in der Kriminalhauptstellenverordnung im Bereich Missbrauch noch einmal Änderungen geben wird. Das ist eine reine Flickschusterei, die wir da betreiben, was die Verantwortlichkeiten der Behörden angeht – eine Flickschusterei, die man niemandem Außenstehenden erläutern kann.

Für uns Grüne ist klar: Die Polizei muss in der Fläche präsent sein. Wir wollen keine Polizeiwachen schließen, wir wollen aber auch, dass diese Polizei auf Dauer arbeitsfähig ist und effektiv arbeitet. Wir wollen diese 47 Wasserköpfe, die wir haben, abschaffen. Wir wollen, dass die Beamtinnen und Beamten auf der Straße, in den Kriminalkommissariaten sind und nicht in 47 Pressestellen.

Und ich sage auch: Leider war die SPD damals nicht so mutig, mit uns diesen Schritt einer Strukturreform zu gehen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Ich befürchte, ehrlich gesagt, dass auch die CDU nicht so mutig sein wird, diese Debatte wirklich zu führen und eine Strukturreform anzugehen. Obwohl im Innenausschuss und auch hier alle immer so breit schultrig tun und im Innenausschuss ja wirklich die geballte Männlichkeit unseres Parlaments sitzt,

(Lachen von der SPD – Beifall von den GRÜNEN)

glaube ich trotzdem, dass Sie so mutig dann doch nicht sein werden. Das finde ich schade. Denn ich glaube, es würde unser Land wesentlich sicherer machen,

(Zuruf von der CDU)

wenn wir uns diesem Thema nicht verschließen würden, sondern es endlich angehen würden. An dieser Debatte, liebe Kollegen, werden auch Sie nicht vorbeikommen.

(Beifall von den GRÜNEN – Zuruf von der CDU)

Ich würde gerne zum Schluss noch ein Thema ansprechen, das mir wirklich wichtig ist, und zwar die Feuerwehren.

(Unruhe – Glocke)

Herr Sieveke, Herr Golland, es wäre schön, auch noch einmal Ihre Aufmerksamkeit zu bekommen. – Ich würde gerne noch einmal die Feuerwehren ansprechen,

(Zurufe – Glocke)

weil mich die aktuellen Diskussionen, die es innerhalb des Deutschen Feuerwehrverbandes gibt, wirklich zutiefst erschüttern. Der Auftrag der Feuerwehren ist „Retten – Löschen – Bergen – Schützen“. Die Feuerwehren helfen jedem Menschen, unabhängig von Herkunft, Religionszugehörigkeit, Sexualität und anderen Merkmalen. Deshalb bin ich persönlich wirklich froh, dass die Feuerwehren hier in Nordrhein-Westfalen so klar hinter Hartmut Ziebs, dem Präsidenten des Deutschen Feuerwehrverbandes, stehen.

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Die Redezeit.

Verena Schäffer (GRÜNE): Ich komme gleich zum Ende.

Hartmut Ziebs hat sich mehrfach eindeutig gegen Rechtsextremismus, gegen Rechtspopulismus geäußert. Er hat vor dem Versuch einer Einflussnahme durch die AfD gewarnt. Dass nun ausgerechnet gegen ihn Drohungen ausgesprochen werden, dass es Einschüchterungsversuche gibt, finde ich unerträglich. Ich bin wirklich dankbar dafür – das vielleicht auch noch einmal persönlich hier an dieser Stelle –, ...

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Die Redezeit.

Verena Schäffer (GRÜNE): ... dass die demokratischen Fraktionen in diesem Hause sich so klar hinter Hartmut Ziebs und seiner eindeutigen Position versammelt haben. Dafür vielen Dank!

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Frau Kollegin Schäffer. – Für die FDP-Fraktion hat jetzt Herr Kollege Lürbke das Wort.

Marc Lürbke (FDP): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen! Verehrte Kollegen! Es ist eine spannende Debatte – und eine schöne Gelegenheit, vielleicht einmal über Glaubwürdigkeit von Politik zu sprechen, Frau Kollegin Schäffer.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Ich kann verstehen, dass Ihnen das unangenehm ist, dass Ihnen die Erfolgsbilanz der rot-grünen Landesregierung in der inneren Sicherheit sehr, sehr peinlich ist. Aber jetzt so zu tun, als hätten Sie hier wahn sinnige Erfolge produziert, sich hier als grüne Vordenkerin für die innere Sicherheit zu verkaufen, was Sie für tolle Ideen bei den Strukturen hätten, und sich gleichzeitig nicht davon zu distanzieren, wenn unsere Polizeibeamten im Hambacher Forst von Linksextremen angegriffen werden,

(Zuruf von Verena Schäffer [GRÜNE])

das glaubt Ihnen doch kein Mensch.

(Beifall von der FDP und der CDU – Zurufe von den GRÜNEN)

– Tut mir leid, das glaubt Ihnen kein Mensch.

(Zuruf von Josefine Paul [GRÜNE])

– Na ja. – Wir haben als schwarz-gelbe Koalition im Mai 2017 den Auftrag der Bürgerinnen und Bürger erhalten, dieses Land wieder sicherer zu machen, die Sicherheitsbehörden zu stärken und die Kriminalität zu schwächen.

(Weiterer Zuruf von Josefine Paul [GRÜNE])

Was soll ich Ihnen sagen? Ja, was wir versprochen haben, das halten wir.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Die innere Sicherheit in Nordrhein-Westfalen ist auch zweieinhalb Jahre nach Regierungsübernahme ein Kernanliegen der NRW-Koalition. Wir setzen Prioritäten, um die Sicherheit effektiv zu verbessern. Wir nehmen dafür Geld in die Hand, und wir stellen uns hinter unsere Polizei. Das kann man eigentlich auf einen Nenner bringen: Machen, was man vorher gesagt hat.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Ich glaube, es gibt – und davon bin ich fest überzeugt – keine bessere Prävention gegen Politikverdrossenheit, gegen Frustration. Wir haben gesagt, wir kümmern uns um die Sicherheit in diesem Land, und genau das tun wir. So gräbt man auch Populisten, Kriminellen, Verbrechern gleichzeitig das Wasser ab, und so zeigt man, dass Politik handlungsfähig ist und dass die Demokratie funktioniert, meine Damen und Herren. Ich glaube, das ist ein wichtiger Punkt.

Es macht eben einen Unterschied – und das zeigt schon diese Debatte –, wer in Nordrhein-Westfalen regiert.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Es macht eben einen Unterschied, ob man in diesen Bereichen Prioritäten im Haushalt setzt. Das war unter Rot-Grün nicht der Fall. Da können Sie heute noch so viele Märchen erzählen, es war nicht der Fall. Es macht eben einen Unterschied, ob unsere Polizeibeamten dann auch spüren, dass der Dienstherr hinter ihnen steht und die Unterstützung für unsere Sicherheitsbehörden auch tatsächlich ankommt. Das merken auch die Menschen draußen im Land.

Man sieht es ja auch an den Zahlen: die niedrigste Zahl an Straftaten seit 30 Jahren in Nordrhein-Westfalen, höchste Aufklärungsquoten seit 60 Jahren.

(Zuruf von Monika Düker [GRÜNE])

Darauf ruht sich niemand aus, da gibt es noch viel zu tun. Daran werden wir konsequent weiterarbeiten.

Aber, Frau Düker, während 2016 unter Rot-Grün noch ca. 3 Milliarden Euro in die Polizei investiert wurden, haben wir diesen Betrag um rund 20 % bzw. 600 Millionen Euro für 2020 gesteigert. Ja, wir haben die Anwärterzahlen auf rekordverdächtige 2.500 erhöht, und wir bauen die Polizei sukzessive wieder schlagkräftiger auf. Wenn ich „rekordverdächtig“ sage, dann ist das nicht nur rekordverdächtig, sondern es ist tatsächlich ein Rekord. So viele Einstel-

lungen – wir haben es gerade schon mehrfach gehört – gab es noch nie bei der Polizei in Nordrhein-Westfalen.

Ich sage Ihnen auch: Ich wäre froh, wenn Rot-Grün das schon gemacht hätte. Aber das haben Sie nicht getan, das haben Sie auch trotz der sich abzeichnenden Pensionierungswelle nicht getan. Das ist eben die Wahrheit.

(Zuruf von Michael Hübner [SPD])

Herr Ganzke, noch einmal zum Stichwort „Glaubwürdigkeit“: Sie kommen jetzt mit einem Änderungsantrag

(Zuruf von Hartmut Ganzke [SPD])

– doch, ja, im Ausschuss! – und wollen die Zahl der Einstellungen bei der Polizei von 2.500 noch einmal auf 2.600 erhöhen.

Das ist – ich weiß nicht, wie ich es schonend sagen soll – peinlich.

(Sven Wolf [SPD]: Wieso das denn? – Zuruf von Hartmut Ganzke [SPD])

Ehrlich, das ist peinlich angesichts dessen, was Sie in den Jahren zuvor geliefert haben. Scheinheiliger geht es kaum.

(Vereinzelt Beifall von der FDP und der CDU – Sven Wolf [SPD]: Das ist jetzt aber kein Argument)

Den Antrag hätten Sie sich besser erspart. Das glaubt Ihnen wirklich niemand.

Fakt ist: Unter dieser Landesregierung erfährt die innere Sicherheit, die Polizei eine neue Priorität. Das zeigt sich in der personellen Ausstattung, das zeigt sich daran, dass zum Beispiel Clankriminalität nicht gelehnet, sondern konsequent bekämpft wird, daran, dass unbequeme Themen wie die Besetzung des Hambacher Forsts durch Linksextremisten angepackt werden,

(Zuruf von Michael Hübner [SPD])

sowie daran, dass wir Polizisten und Polizistinnen endlich sachlich und moderner ausstatten, anstatt sie nur – womöglich gegen ihren Willen – zu kennzeichnen.

(Zuruf von Michael Hübner [SPD])

Klar ist aber auch – das muss man deutlich sagen –: Die Herausforderungen angesichts von Terror und Kriminalitätsbekämpfung werden bleiben. Wenn wir bei den Sicherheitsbehörden neue Aufgabenschwerpunkte bei der Clankriminalität und im überaus wichtigen Kampf gegen Kindesmissbrauch setzen, dann müssen wir sie dafür auch effektiv aufstellen sowie vor allem personell unterfüttern und technisch ausstatten. Auch das machen wir. Wir verstärken mit zu-

sätzlichen Stellen – auch im Tarifbereich – für Spezialisten wie Informatiker, Finanzermittler oder im Bereich „Wirtschaftskriminalität“.

Frau Schäffer, ich komme noch mal auf Ihre Aussagen zurück. Ich habe es so vernommen, als hätten Sie kritisiert, dass die Stellen für Regierungsbeschäftigte bei der Polizei, die wir schaffen – in Summe in dieser Legislatur 2.500 Stellen –, womöglich noch nicht besetzt seien. Ich frage Sie im Gegenzug: Wie viele Regierungsbeschäftigte wurden denn während Ihrer Regierungszeit und in Ihrer Verantwortung, also auch in Verantwortung der Grünen, eingestellt?

(Daniel Sieveke [CDU]: Niemand! – Dr. Christos Georg Katzidis [CDU]: Genau, niemand!)

Es waren ein paar Hundert Stellen, die nach der Silvesternacht kurzfristig mit der heißen Nadel gestrickt untergeschoben worden sind.

(Daniel Sieveke [CDU]: Genau!)

Die Stellen waren dann aber im Übrigen auch nicht besetzt. Wir machen es anders: Wir richten konsequent 2.500 Stellen in diesem Bereich ein und arbeiten ganz konsequent daran, dass diese auch mit Spezialisten besetzt werden; denn wir brauchen sie zur Unterstützung unserer Polizei. Genau das ist der richtige Weg, innere Sicherheit anzugehen.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Dieser Haushalt sieht – man muss sagen: erneut – erhebliche Investitionen in die IT-Ausstattung und damit auch in die Zukunft unserer Polizei vor.

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Entschuldigung, Herr Kollege Lürbke, dass ich Sie unterbreche. Es gibt den Wunsch nach einer Zwischenfrage bei Frau Kollegin Schäffer.

Marc Lürbke (FDP): Natürlich, gerne.

Verena Schäffer (GRÜNE): Vielen Dank, Herr Lürbke, dass Sie die Zwischenfrage zulassen. – Ich will auf die Regierungsbeschäftigten zurückkommen, die ich an sich für sinnvoll halte, wenn die Stellen denn besetzt werden. Ich möchte Sie aber fragen

(Herbert Reul, Minister des Innern, spricht mit Marc Lürbke [FDP].)

– ich weiß nicht, was Herr Reul Herrn Lürbke zuflüstert –, ob auch Ihnen Berichte darüber bekannt sind, dass die Zahlen der Regierungsbeschäftigten mit denen der Polizeivollzugsbeamten verrechnet werden, sodass in den Behörden zum Teil weniger Polizeivollzugsbeamte ankommen, weil stattdessen Regierungsbeschäftigte eingesetzt werden. Stimmt das?

(Lachen von Marc Lürbke [FDP])

Marc Lürbke (FDP): Frau Kollegin Schäffer, im Gegensatz zu Ihnen stellen wir unsere Polizeibehörden sowohl mit Polizeibeamten als auch mit Regierungsbeschäftigten aus. Genau diese Mischung macht es doch.

(Beifall von der FDP und der CDU)

So haben wir am Ende schlagkräftige Behörden in diesen Bereichen. Das ist doch genau die richtige Regelung.

(Verena Schäffer [GRÜNE]: Also stimmt das, was ich gesagt habe? – Monika Düker [GRÜNE]: Also stimmt das! Na super!)

Meine Damen und Herren, zurück zur IT-Ausstattung: Ich nenne ein Beispiel, das besonders gut geeignet ist, um einen Unterschied aufzuzeigen.

Das erste iPhone mit Multi-touch-Oberfläche kam schon 2007 auf den Markt. Die Polizei in Nordrhein-Westfalen musste aber auch während der Hochphase des Absatzmarktes für Smartphones zwischen 2010 und 2017 erst mal eine siebenjährige Regierungszeit ohne jegliche Prioritätensetzung im Bereich „Digitalisierung“ erdulden und sozusagen zusehen, wie mittlerweile fast jeder Kellner im Land papierlos arbeiten konnte.

Meine Damen und Herren, es darf nicht länger sein, dass die Ausstattung unserer Polizeibeamten den technischen Entwicklungen in unserer Gesellschaft oft viele Jahre hinterherhinkt.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Ich bin sehr froh, dass wir dies nun mit der Auslieferung der dienstlichen Smartphones geändert haben.

(Michael Hübner [SPD]: Aber zwischen 2007 und 2010 haben doch Sie regiert, wenn Sie das Beispiel schon anführen!)

Auch die Umsetzung der digitalisierten Polizeiarbeit ist meines Erachtens ein echtes Sicherheitspaket für Nordrhein-Westfalen; denn wir wollen eine Polizei auf der Höhe der Zeit statt technisch hinterm Berg. Auch dies bringen wir mit diesem Haushalt konsequent weiter auf den Weg.

(Vereinzelt Beifall von der CDU)

Ähnlich ist es bei der Ausstattung – Bodycams wurden schon genannt. Außerdem bringen wir endlich für den täglichen Dienst und die Einsatzlagen passende neue Fahrzeuge auf den Weg.

(Zuruf von Michael Hübner [SPD])

Diese Fahrzeuge passen. Ich habe darin gesessen. Wenn sie für mich mit meiner Beinlänge passen, dann passen sie auch für unsere Polizeibeamten, und sie passen auch für die Ausrüstung.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Das ist wirklich mal ein wichtiger Schritt nach vorne. Wir machen also das, was wir vorher gesagt haben.

Gleiches gilt – das will ich zum Schluss noch sagen – für die Verstärkung unserer Feuerwehren. Dies ist ebenfalls sehr wichtig. Auch in dem Bereich werden wir weiter für das ehrenamtliche Engagement werben und die Rahmenbedingungen insgesamt verbessern. Allein für Feuerschutz und Hilfeleistungen stehen in diesem Haushalt 3,2 Millionen Euro mehr zur Verfügung. 1,1 Millionen Euro sind für die Durchführung einer Imagestrategie zur Stärkung der freiwilligen Kräfte im Katastrophenschutz vorgesehen. Das ist wichtig. Wir wollen ehrenamtliches Engagement gemeinsam weiter fördern und für Akzeptanz und Respekt sorgen. Das ist ein wichtiges Signal.

Mit diesem Einzelplan 03 liegen uns nun 6,2 Milliarden Euro für die innere Sicherheit, für eine starke personelle Ausstattung und Investitionen in IT und moderne Ausstattung vor. Das ist auch eine Frage des Respekts gegenüber denjenigen, die tagtäglich für unsere Sicherheit sorgen. Diese Menschen haben unsere Unterstützung verdient, und zwar nicht nur in Reden, sondern auch in Taten – wie mit diesem Haushalt, wie mit diesem Einzelplan 03. Sie haben das wirklich mehr als verdient.

Wir machen das, was wir vorher gesagt haben, und das machen wir ganz genau so weiter. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Lürbke. – Für die AfD-Fraktion spricht Herr Kollege Wagner.

Markus Wagner (AfD): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Düsseldorf, letzten Sonntag, 3:50 Uhr nachts: 15 orientalische Clanangehörige stürmten die Notaufnahme der Uniklinik. Sie hielten sich an keine Regeln, gingen in den verschlossenen Behandlungsbereich und nahmen auf niemanden Rücksicht. Bei den Krankenschwestern und Ärzten war deutlich Angst erkennbar, so ein Augenzeuge.

Laut Polizei ließen sich in der Uniklinik zwei Kontrahenten einer Shisha-Bar-Schlägerei behandeln. Sie seien teils blutüberströmt aufgetaucht und hätten lautstark eine sofortige Behandlung gefordert, sagte ein Sprecher der Polizei am Montagmorgen. Einer solle eine Flasche an den Kopf bekommen haben.

In der Notaufnahme stießen die Männer erneut aufeinander und beschimpften sich. Einer der Männer soll die Krankenschwester geschlagen und am Arm verletzt haben. Bei einem soll es sich um ein Mitglied des Al-Zein-Clans gehandelt haben, der Unterstützung wahrscheinlich seiner diversen Brüder und Cousins dabei hatte.

Mehrere Anzeigen wurden aufgenommen: sowohl bei dem Einsatz an der Uniklinik als auch ob der Schlägerei vor der Bar sowie eine wegen Hausfriedensbruch. UKD-Sprecher Tobias Pott sagt:

„Dass Leute aufgebracht sind und verbal ausfällig werden, ist leider trauriger Alltag für das Team.“

Das ist mittlerweile trauriger Alltag auch für viele von uns, wenn wir auf das Sicherheitsgefühl schauen. Es ist trauriger Alltag, den es in diesem Ausmaß nur ob Ihrer Innen- und Migrationspolitik der letzten Jahrzehnte, besonders aber seit 2015 gibt.

Jeden Tag in jeder unserer Städte ändert das unseren Alltag. Nehmen wir die alleinerziehende Krankenschwester, die sich fragt: Kann ich abends noch joggen gehen? Kann ich da langlaufen, wo ich immer langlief, wo es aber jetzt schon drei Vergewaltigungen in dem Park auf dem Weg gab?

Muss ich für meinen Dienst im Krankenhaus einen Deeskalationskurs mitmachen, und was bringt der in einer konkreten Gefahrensituation?

Bezahle ich diesen Typen, ob derer ich den Selbstverteidigungskurs mache, womöglich mit meinen Sozialbeiträgen auch noch ihr Hartz IV mit?

Was mache ich mit meinen Kindern? Wie ist die Migrantenquote in Kita und Grundschule? Was heißt das für das sprachliche Niveau, die Chancen meiner Tochter?

In einer Tour liefern Sie den hier angestammten ganz normalen Menschen Zumutungen, Unsicherheit und Mehrkosten. Für mich, für die AfD, ist klar: Damit muss Schluss sein.

(Beifall von der AfD)

Die Menschen verändern ihr Verhalten zudem so, dass paradoxerweise der Innenminister von besseren Zahlen in der Kriminalitätsstatistik spricht. Aber ist das wirklich so? Sind wir in den letzten Jahren sicherer geworden?

Schauen wir uns im Land um, sprechen wir mit den Menschen, ergibt sich ein anderes Bild. Das ist kein Gefühl, nein, es wird durch Zahlen und Statistiken belegt.

Es geht los mit dem veränderten Verhalten, wie ich es eben geschildert habe, wenn die junge Frau einen anderen Fußweg nimmt, weil vor bestimmten Plätzen und Parkbänken die sogenannten jungen Männer aggressiv herumlungern, wenn das Pärchen rechtzeitig die Straßenseite wechselt, um einer aggressiven Anmacherie samt unübersehbarem Konfliktpotenzial zu entgehen, wenn die Menschen lieber mit dem Auto oder Taxi als mit der U-Bahn fahren, weil sie sich unwohl und unsicher fühlen.

All das reduziert natürlich die Zahl der potenziellen Übergriffe, und zwar nicht weil die Politik so erfolgreich wäre, sondern weil es die Menschen natürlich vermeiden, Opfer von Straftaten zu werden.

Aber das hat noch einen ganz anderen Effekt, nämlich einen massiven Freiheitsverlust. Die Bürger, die ja auch Steuerzahler sind, können nicht mehr immer und zu jeder Zeit dahin oder auf ihre eigentliche Art und Weise dorthin, wie sie es eigentlich wollen, denn das Territorium ist ab bestimmten Uhrzeiten besetzt, und die Besetzer strahlen Bedrohung aus.

Uns kommt die Unbefangenheit abhanden. Wer sich solchen Situationen auf unseren Straßen und Plätzen, in Bussen und U-Bahnen ausgesetzt sieht, kann nicht mehr einfach abschalten, in Ruhe ein Buch lesen, den Einkauf vorbereiten oder die Arbeit nachbereiten, sondern muss sich mit der möglichen Gefahr auseinandersetzen, gedanklich wie emotional.

All das muten Sie, die alten Parteien, den Menschen zu. Aber wehe jemand sagt etwas, jemand beschreibt die Wahrheit; dann ist er ein Hetzer, ein Nazi, ein Rassist.

Aber die Realität ist zu real. Jeder, der sie erlebt, weiß das, und er weiß auch: Ich bin kein Nazi. – Also hören Sie endlich auf, diejenigen, die Probleme offen benennen, um sie zu lösen, härter anzugehen als die Probleme selbst.

(Beifall von der AfD)

Die Menschen reagieren statistisch erfassbar auf die von Ihnen geschaffene Lage oder, wie es der Sprecher der Uniklinik mit Blick auf die Sicherheitslage sagte, den traurigen Alltag. Da ist der massive Anstieg der Beantragung von Waffenscheinen. Über 300.000 Personen sind jetzt schon in Nordrhein-Westfalen mit einer waffenrechtlichen Erlaubnis gespeichert.

Wieder 9.000 mehr als im letzten Jahr haben den kleinen Waffenschein, wie Sie, Herr Minister, selbst in der letzten Woche auf unsere Anfrage hin bekannt geben mussten. Ich frage Sie: Warum, glauben Sie, ist das so? Warum haben immer mehr Menschen das Gefühl, sich bewaffnen zu müssen?

Weitere Reaktionen sind der Einbau von Sicherheitstüren und -technik im Haus, sodass dieses Gewerbe immer neue Rekordumsätze vermeldet, und die immer weiter steigenden Zahlen bei den privaten Sicherheitsdiensten.

Woher, glauben Sie, kommt das wohl? Etwa weil sich die Sicherheitslage so massiv verbessert hat? Sind Sie schon einmal auf die Idee gekommen, dass das mit der Politik von Schwarz, Gelb, Rot und Grün zu tun haben könnte, meine Damen und Herren?

(Helmut Seifen [AfD]: So ist es!)

Ich weiß es nicht, denn Sie kommen ja auch nicht auf die Idee, dass der immer größer werdende Erfolg der AfD mit der fehlerhaften Politik auch und gerade im Bereich der inneren Sicherheit der alten Parteien zu tun hat, denn auch die Wahlerfolge der AfD sind ein Indikator für das Sicherheitsgefühl der Menschen.

(Helmut Seifen [AfD]: So ist es!)

Sie wollen eine Partei für die Polizisten und Soldaten, wie es Friedrich Merz uns in etwa attestiert, weil sie es Ihnen immer weniger zutrauen, die Lage in den Griff zu bekommen.

Wenn mal etwas besser läuft wie zum Beispiel die Einbruchszahlen, verweist der Minister selbst darauf, dass das mit der Schließung der Balkanroute zu tun hat, die Sie alle im Haus hier im Gefolge der Kanzlerin nicht wollten, die Sie für unmenschlich und rechtspopulistisch gehalten haben und die genau deswegen richtig war. Mein Dank gilt daher Viktor Orbán für die Reduzierung der Einbrecherbanden vom Balkan.

(Beifall von der AfD)

Danken tun wir auch den Polizeigewerkschaften, deren Vorschläge wir als deren parlamentarischer Sachverwalter hier einbringen und die Sie regelmäßig ablehnen.

Herr Katzidis hat dankenswerterweise unsere Änderungsanträge kurz vorgestellt, sodass ich das nicht tun muss.

Aber eines kann ich Ihnen sagen: Sie brüsten sich damit, die Zahl der Polizeibeamten in Nordrhein-Westfalen erhöht zu haben. Das stimmt schlicht und ergreifend nicht. Die Zahl der Anwärter, die Sie vorgesehen haben, führt nur dazu, dass die Zahl der Beamten gleich bleibt und ab 2022 leicht um 1.000 auf 41.000 steigt.

Die Polizeigewerkschaften wissen und sagen, dass wir in NRW eigentlich 60.000 Beamte bräuchten, und zwar aufgrund der immer stärker steigenden Zahl von Kriminalitätsphänomenen.

Wenn wir es hier mit einer steigenden Zahl von Kriminalitätsphänomenen zu tun haben, mit der Ihre Einstellungspraxis nicht mehr hinterherkommt, ist das doch ein von Ihrer Politik verursachtes Problem auf Bundes- und auf Landesebene, meine Damen und Herren.

(Beifall von der AfD)

Sie lehnen also alles ab, so, wie Sie alles, was wir für die Polizei und die Bürger einbringen, pauschal ablehnen.

Ich möchte nur wenige Punkte aus einer langen Liste nennen: Unser allererster Antrag überhaupt war, dass Extremisten keine Steuergelder bekommen sollen. Das ist ein Gesetz, das von Ihrer ehemaligen Bundesministerin Schröder stammt, welches die

CDU auf Bundesebene wiederhaben will. Sie lehnen ab.

Ein Burka-Verbot, das wir rechtssicher einbringen und das 81 % der Deutschen fordern: Sie lehnen ab.

Eine deutlich verbesserte Gefährder-Ingewahrsamnahme: Sie sind dagegen.

Die Kosten für die „Merkel-Poller“ bei Volksfesten an den Verursacher durchzureichen, wollen Sie auch nicht.

Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge einer pflichtgemäßen Altersbestimmung zuzuführen, wollen Sie nicht. Die Kosten ja nur 5.000 Euro pro Mann und Monat.

Gewalt gegen unsere Einsatz- und Rettungskräfte wissenschaftlich untersuchen: Sie sagen, das ist egal, das brauchen wir nicht.

Misstände zusammen mit dem Personalrat des BAMF abzustellen, kommt mit Ihnen nicht infrage.

Endlich die Abschiebezahlen zu verbessern, wie wir das als einzige Fraktion wollen, ist kein Thema für Sie.

Illegale Immigration an der ungeschützten NRW-Westgrenze zu stoppen, stieß ebenso auf Ihre Ablehnung.

Öffentlichkeitsfahndung zu beschleunigen, ist auch nicht Ihr Ding.

Links- und Rechtsextremismus gleichermaßen zu bekämpfen, ist ebenfalls nicht das Richtige für Sie.

Einen Parlamentarischen Untersuchungsausschuss für die Missbrauchstopfer von Lügde musste ich hier ganze vier Mal beantragen, bevor Sie überhaupt reagiert haben.

(Zuruf von der AfD: Unglaublich!)

Gegen Chaos-Hochzeiten wollen Sie auch nicht konsequent vorgehen.

Ein Lagebild zur Gewalt in Gefängnissen möchten Sie nicht.

Das Schlimme an dieser völlig unvollständigen Auflistung ist: Es ist schlecht für die Bürger, aber gleichzeitig liefern Sie uns ein Alleinstellungsmerkmal nach dem anderen, denn jeder, der diese eben referierten Forderungen richtig findet, hat nur eine Wahl, nämlich die AfD.

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Die Redezeit.

Markus Wagner (AfD): Der Minister tut manches Richtige im rein polizeilichen Behandeln der gesamtpolitischen Fehler der alten Fraktionen. Der Druck der AfD wirkt bereits jetzt aus der Opposition heraus.

(Unruhe)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Beachten Sie bitte die Redezeit.

Markus Wagner (AfD): Ich bin gleich am Ende.

(Zuruf von der SPD: Redezeit!)

So nannte die Presse ja schon das neue Polizeiaufgabengesetz, das „erste Gesetz der AfD“. Allerdings müssen, um zu einer echten Trendwende zu gelangen, endlich auch die Ursachen der Probleme

(Zuruf von der SPD: Redezeit!)

und nicht nur die Symptome angegangen werden.

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Herr Kollege Wagner.

Markus Wagner (AfD): Wir sind dazu bereit. Nur wir als AfD sind dazu bereit. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der AfD)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Das war der Abgeordnete Wagner für die Fraktion der AfD. – Nun hat für die Landesregierung Herr Minister Reul das Wort. Bitte sehr.

Herbert Reul, Minister des Innern: Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Als wir vor zweieinhalb Jahren diese Landesregierung übernommen haben ... Das ist der falsche Ausdruck. Als die Wähler entschieden haben, dass wir jetzt die Landesregierung stellen sollen, gab es im Bereich „innere Sicherheit“ eine Reihe von Baustellen.

Ich finde, insoweit müsste man doch fair miteinander umgehen und sagen: Es gab eine Menge Probleme, die nicht gelöst waren. Es hat doch keinen Sinn, heute zu sagen „Es gab gar keine Baustellen, gar keine Probleme“ oder jetzt den Eindruck zu erwecken, man könne – Simsalabim – alle Baustellen auf einmal lösen.

(Verena Schäffer [GRÜNE]: Das sagt ja auch keiner!)

Investitionsstau bei Gebäuden, Ausstattung von Polizei, Personaldecke: Ich bin ganz sicher, am Ende wird sich nicht durchsetzen, wer hier am lautesten rumbrüllt oder die dicksten Sprüche ablässt oder am meisten Forderungen ins Schaufenster stellt, Herr Wagner, sondern wer liefert. Wir haben in den zweieinhalb Jahren geliefert – Stück für Stück.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Wir haben konsequent an den Baustellen gearbeitet – nicht mit dicken Sprüchen, sondern Tag für Tag mit harter Arbeit, ohne großes Tamtam, ruhig, an der Sache orientiert. Schritt für Schritt sind die Baustellen auch weniger geworden.

Es wird kein Mensch behaupten – ich zumindest nicht –, dass damit alle Probleme schon gelöst wären, denn das Thema „innere Sicherheit“ wird noch lange Zeit ein großes Problem bleiben.

Nur kann sich das Ergebnis von zweieinhalb Jahren – das gehört auch zur Fairness – sehen lassen. Wir haben Nordrhein-Westfalen sicherer gemacht.

(Beifall von der CDU)

Natürlich stimmt es, dass das Sicherheitsgefühl der Menschen ganz anders ist als die objektiven Daten. Das macht uns, das macht auch mir große Sorgen. Das ist wahr.

Nur, Herr Wagner, wenn man dazu beitragen will, dass sich Menschen sicherer fühlen, muss man über die Fakten reden und nicht die Unsicherheit weiter schüren.

(Vereinzelt Beifall von der CDU – Zuruf von der AfD: Das hat er getan!)

Die Ängste zu schüren, Herr Wagner, ist eine böse Geschichte. Ich bitte wirklich ...

(Zuruf von Helmut Seifen [AfD]: Tatsachen sind das!)

– Nein, das waren keine Tatsachen.

(Helmut Seifen [AfD]: Tatsachen!)

Die Fakten und die Statistiken sind glasklar. Das andere ist Stimmungsmache. Damit tut man weder sich noch den Menschen einen Gefallen und der inneren Sicherheit erst recht nicht.

(Beifall von der CDU und der FDP – Vereinzelt Beifall von der SPD)

Wir haben für das nächste Jahr – wir reden heute ja nur über die Zahlen – 344 Millionen Euro mehr als im Jahr zuvor – mehr, nicht weniger.

6,2 Milliarden Euro ermöglichen uns mehr Investitionen in Polizei, Verfassungsschutz, Feuerwehr, Katastrophenschutz und Bezirksregierungen. Das Geld wird nicht planlos ausgegeben, sondern gezielt genau nach dem Plan, den wir hier von Anfang an verfolgt haben: mehr Personal, 2.500 Kommissaranwärterinnen und -anwärter.

Im Übrigen stehen nächstes Jahr, 2020, zum ersten Mal die „Mehreinstellungen“ im „Betrieb“. Die sind dann da. Das heißt, dann zahlt es sich ganz praktisch aus.

Wir haben dafür 640 Stellen zusätzlich eingerichtet. Wir werden im kommenden Jahr wieder 500 Regierungsbeschäftigte einstellen.

Frau Schäffer, übrigens sind alle immer eingestellt worden. Dieses Jahr sind von den 500 auch schon 400 eingestellt, und wir haben ja erst November. Warten Sie mal ab, wie wir das hinkriegen.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Das ist beides mehr als vorher. Wir können lange darüber streiten, ob es genug ist; ich kann mir da auch viel vorstellen. Aber erstens muss man Realist sein, zweitens muss man sehen, was man in der Ausbildung und in den Behörden auch bewältigen kann, und drittens muss man bei dem Ganzen auch finanziell glaubwürdig bleiben, sonst ist das Schaum-schlägerei.

(Zuruf von Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE])

Sowohl bei den Regierungsangestellten als auch bei den Kommissaranwärtern ist es mehr. Das bestreitet draußen kein Mensch. Ich frage mich, wie man es hier überhaupt bestreiten kann. Es ist unbestritten eine riesengroße Leistung.

(Beifall von Ralf Witzel [FDP])

Frau Schäffer, was die Abbrecherquote angeht: Das ist ein großes Problem, da haben Sie recht. Ich finde es aber relativ billig, das als Gegenargument zu nutzen, denn ich muss Ihnen antworten: Da sind wir längst dran. Sie benennen es heute, wir arbeiten seit Monaten daran.

(Beifall von der CDU und der FDP – Verena Schäffer [GRÜNE]: Prima!)

Wir haben zum Beispiel schon längst an der Fachhochschule ein Repetitorium eingerichtet. Das heißt, dass wir diejenigen, die in bestimmten Fächern schwach sind, unterstützen und ihnen helfen. Es gibt weitere Programme, die in Planung sind. Manchmal gilt es also, früher aufzustehen – wir sind schon da gewesen.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Wenn wir nun endlich den Schwachpunkt, dass wir Spezialisten brauchen, mit einem Sonderprogramm anpacken – nicht mit dicken Sprüchen, sondern mit dem ganz praktischen Programm „Spezialisten zu Polizisten“ –, kann man natürlich auch darüber nachdenken, was schiefgehen könnte. Ich tue das nicht, sondern denke darüber nach, wie ich es hinbekomme. Ich denke nicht darüber nach, wie es schiefgehen könnte, um nur Unruhe zu schaffen.

(Beifall von der CDU und der FDP – Zuruf von Verena Schäffer [GRÜNE])

Wir haben im letzten Jahr etwas Neues gelernt: Die Kriminalität findet immer mehr im Internet statt. Das

ist ein neues Phänomen, das wir beim Rechtsextremismus beobachtet haben, aber erst recht bei all den Missbrauchsfällen. Das heißt, die Kriminalitätsbekämpfung auf der Straße ist das eine; sie ist wichtig. Aber wir brauchen ganz besonders und zusätzlich und neu die Kriminalitätsbekämpfung im Internet. Damit fangen wir an.

Das kann man ja nicht ruckzuck machen. Wir fangen an, indem wir ganz andere Investitionen tätigen: sowohl beim Personal als auch bei der Ausstattung.

Wir brauchen mehr Spezialisten, für die das Internet kein Neuland ist. Wir haben jetzt 200 Experten für die Datenauswertung eingestellt, die übrigens nicht nur für Kindesmissbrauch und Rechtsextremismus, sondern auch für Terrorbekämpfung und politisch motivierte Kriminalität eingesetzt werden.

Wir werden auch die technische Ausstattung verbessern. Das kostet extrem viel Geld, und das machen wir Stück für Stück. 2019 waren es 1,5 Millionen Euro, jetzt werden weitere 63 Millionen Euro im Bereich von Hard- und Software eingesetzt.

Das ist nicht alles auf einmal zu schaffen. Das ist ja der Unterschied: Die einen klopfen Sprüche und versprechen den Leuten das Paradies auf Erden, das es aber nicht gibt, und wir machen die praktische Arbeit und verbessern die Lage. Das ist der Unterschied.

(Beifall von der CDU und der FDP – Zuruf von Helmut Seifen [AfD])

Alleine für das Vorgangsbearbeitungssystem – es wird das modernste der gesamten Republik – werden 8 Millionen Euro eingesetzt.

Wir werden mit 20.000 Smartphones ausrüsten. Wir haben jetzt schon 9.000 Smartphones im Dienst und demnächst 20.000 für alle Polizisten. Sie haben gar nicht darüber nachgedacht, geschweige denn Smartphones gekauft. Warum werfen Sie uns jetzt vor, dass wir noch nicht alle haben? – Da bin ich fassungslos.

(Sven Wolf [SPD]: Gibt es denn in jeder Polizeiwache inzwischen WLAN, Herr Minister?)

Bei Ihnen war die Polizei in der digitalen Steinzeit. Wir führen sie jetzt in die digitale Wirklichkeit.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Ich will Ihnen Beispiele dafür nennen: Dokumentenscan, Abfrage von Auskünften, künstliche Intelligenz bei dem riesengroßen Problem des Kindesmissbrauchs, die digitale Infrastruktur. Das ist das Fürchterliche daran: Diese Infrastruktur muss auch noch gepflegt werden. Wir werden dafür allein im nächsten Jahr 90 Millionen Euro ausgeben. Das sind pro Kopf und Monat rund 150 Euro gut investiertes Geld in die Pflege dieser Infrastruktur.

Das reicht übrigens auch über die Landesgrenzen hinaus: Wir setzen uns auch für das Programm „Polizei 2020“ mit elf Stellen ein. Wir sagen, dass die IT-Lösungen nicht nur Insellösungen bei uns sein dürfen, sondern wir müssen auch dabei helfen, dass es bundesweit vernetzt wird; sonst nützt es nichts.

Neben der Straße und dem Internet gibt es auch noch Hinterzimmer, in denen Organisierte Kriminalität passiert. Wir haben den Fokus auf kriminelle Clans gelegt – übrigens nicht mit dem Glauben oder der Hoffnung, in fünf Jahren ein Problem zu lösen, das über 30 Jahre hinweg entstanden ist und bei dem viele Jahre lang viele Regierungen zugeschaut und gepennt haben; das ist auch die Wahrheit. Wir haben angefangen.

(Beifall von der CDU)

Der erste Schritt ist immer der wichtigste, und wir kommen voran. Wir versuchen nicht nur auf der Straße und bei den Razzien, sondern auch in den Ermittlungen – Stichwort: Taskforce – voranzukommen. Ich werde am Freitag, wenn wir noch mehr darüber sprechen, noch etwas dazu sagen. Wir haben mit dem Single Point of Contact noch eine weitere Maßnahme.

Im Zusammenhang mit der Ergänzungsvorlage möchte ich auf ein Versäumnis hinweisen, das seit Jahren kritisiert wird: dass der Aufstieg in höhere Besoldungsgruppen nur über einen Stellenwechsel funktioniert.

(Beifall von Bodo Löttgen [CDU])

Ich habe fassungslos zur Kenntnis genommen, dass hoch spezialisierte junge Kriminalisten in den Wach- und Wechseldienst wechseln müssen, weil sie sonst nicht befördert würden.

(Bodo Löttgen [CDU]: So ist es!)

Dafür war ich aber nicht verantwortlich; da war ich überhaupt noch nicht hier. Das haben wir im Haushaltsplan geändert, und das ist ein Fortschritt.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Aber auch da sage ich: Wir entschärfen das Problem. Wir machen den ersten Schritt. Das Problem ist damit noch lange nicht gelöst. Solche großen Probleme kann man nur Schritt für Schritt lösen – oder man macht dicke Sprüche und enttäuscht die Leute am Ende. Deswegen wollen wir Stück für Stück besser werden und uns um die Dinge kümmern.

Zur Weiterqualifizierung: Wenn wir alle darüber sprechen, dass wir Menschen brauchen, die sich besser mit IT auskennen, nützt es ja auch nichts, darüber zu lamentieren, dass sie nicht zu uns kommen.

Auch da machen wir einen wichtigen Schritt: Wir haben jetzt einen eigenen Ausbildungsgang im IT-

Bereich bei der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung geschaffen. Dafür gibt es 55 zusätzliche Stellen.

Das ist nicht viel, aber es ist ein Anfang. Bisher wurde gar nichts getan. Jetzt fangen wir an, eigene IT-Experten für die Verwaltung auszubilden. Das wird auch nicht morgen das Problem lösen, aber übermorgen.

So machen wir das eben: Wir fangen an, anstatt darüber zu schwadronieren, und wir machen es Schritt für Schritt, damit die Leute uns auch glauben und wissen, dass das, was wir versprechen, gehalten wird, anstatt es nur daherzubrabbeln.

Last but not least zur Feuerwehr: 100.000 Freiwillige in der Feuerwehr und in den Jugendfeuerwehren – das ist ein hohes Gut. Ich unterstütze alles, was mir dazu gesagt wurde, zu 100 %.

Was im Brand- und Katastrophenschutz getan wird, ist nicht selbstverständlich. Deshalb müssen wir auch im nächsten Jahr wieder viel dafür tun: insgesamt 3,2 Millionen Euro mehr für Feuerschutz und Hilfeleistungen, davon 1,1 Millionen Euro mehr für die Ehrenamtsfeuerwehr.

Langer Rede kurzer Sinn: Wer da sagt, in diesem Haushaltsjahr und in den letzten zweieinhalb Jahren sei kein Akzent gesetzt worden, muss auf irgendeiner Insel gewesen sein – auf jeden Fall nicht hier in Nordrhein-Westfalen.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Minister Reul. – Der guten Ordnung halber weise ich darauf hin, dass die Landesregierung ihre Redezeit um eine Minute und neun Sekunden überzogen und damit die Redezeitüberschreitung der Fraktion der AfD sowie der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen sozusagen im Nachhinein legitimiert hat.

(Markus Wagner [AfD]: Danke schön!)

Gleichwohl frage ich die anderen Fraktionen, ob noch der Wunsch nach zusätzlicher Redezeit besteht. – Das ist erkennbar nicht der Fall.

Dann sind wir am Schluss der Aussprache und kommen nun zu einer Reihe von Abstimmungen.

Zunächst lasse ich abstimmen über den Änderungsantrag der Fraktion der AfD Drucksache 17/7972. Ich darf fragen, wer diesem Änderungsantrag zustimmen möchte. – Das sind die Abgeordneten der Fraktion der AfD sowie der fraktionslose Abgeordnete Neppe. Gibt es Gegenstimmen? – Das sind die Abgeordneten der Fraktionen von CDU, SPD, FDP sowie Bündnis 90/Die Grünen. Gibt es Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Dann stelle ich fest, dass mit

dem festgestellten Abstimmungsverhalten der Fraktionen der **Änderungsantrag Drucksache 17/7972 abgelehnt** wurde.

Ich lasse zweitens über den Änderungsantrag der Fraktion der AfD Drucksache 17/7973 abstimmen. Ich darf auch hier fragen, wer diesem Änderungsantrag zustimmen möchte. – Das sind die Abgeordneten der Fraktion der AfD sowie der fraktionslose Abgeordnete Neppe. Gibt es Gegenstimmen? – Das sind die Abgeordneten der Fraktionen von CDU, SPD, FDP sowie Bündnis 90/Die Grünen. Gibt es Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit stelle ich fest, dass der **Änderungsantrag Drucksache 17/7973 abgelehnt** wurde.

Ich lasse drittens über den Änderungsantrag der Fraktion der AfD Drucksache 17/7974 abstimmen. Ich darf auch hier fragen, wer dem Änderungsantrag zustimmen möchte. – Das sind die Abgeordneten der Fraktion der AfD sowie der fraktionslose Abgeordnete Neppe. Gibt es Gegenstimmen? – Das sind die Abgeordneten der Fraktionen von CDU, SPD, FDP sowie Bündnis 90/Die Grünen. Gibt es Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit stelle ich fest, dass der **Änderungsantrag Drucksache 17/7974** der Fraktion der AfD **abgelehnt** wurde.

Ich lasse viertens über den Änderungsantrag der Fraktion der AfD Drucksache 17/7975 abstimmen. Auch hier darf ich fragen, wer dem Änderungsantrag zustimmen möchte. – Das sind die Abgeordneten der Fraktion der AfD sowie der fraktionslose Abgeordnete Neppe. Gibt es Gegenstimmen? – Das sind die Abgeordneten der Fraktionen von CDU, SPD, FDP sowie Bündnis 90/Die Grünen. Gibt es Enthaltungen? – Keine Enthaltungen. Damit stelle ich fest, dass auch dieser **Änderungsantrag Drucksache 17/7975 abgelehnt** wurde.

Ich lasse fünftens über den Änderungsantrag der Fraktion der AfD Drucksache 17/7976 abstimmen und darf auch hier fragen, wer dem zustimmen möchte. – Das sind die Abgeordneten der Fraktion der AfD sowie der fraktionslose Abgeordnete Neppe. Gibt es Gegenstimmen? – Das sind die Abgeordneten der Fraktionen von CDU, SPD, FDP sowie Bündnis 90/Die Grünen. Gibt es einen Abgeordneten oder eine Abgeordnete, die sich der Stimme enthalten möchten? – Das ist nicht der Fall. Dann ist auch der **Änderungsantrag Drucksache 17/7976 abgelehnt**.

Ich lasse nunmehr über den Änderungsantrag der Fraktion der AfD Drucksache 17/7977 abstimmen und darf fragen, wer dem zustimmen möchte. – Das sind die Abgeordneten der AfD sowie der fraktionslose Abgeordnete Neppe. Gibt es Gegenstimmen? – Das sind die Abgeordneten der Fraktionen von CDU, SPD, FDP sowie Bündnis 90/Die Grünen. Gibt es Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Dann ist auch

der **Änderungsantrag Drucksache 17/7977 abgelehnt.**

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich lasse siebte über den Einzelplan 03 abstimmen. Der Haushalts- und Finanzausschuss empfiehlt in der Drucksache 17/8003, den Einzelplan 03 unverändert anzunehmen. Damit kommen wir zur Abstimmung über den Einzelplan 03 selbst und nicht über die Beschlussempfehlung.

Ich darf fragen, wer dem Einzelplan 03 zustimmen möchte. – Das sind die Abgeordneten der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP. Gibt es Gegenstimmen? – Das sind die Abgeordneten der SPD-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der Fraktion der AfD sowie der fraktionslose Abgeordnete Neppe. Der guten Ordnung halber frage ich auch hier, ob es einen Abgeordneten oder eine Abgeordnete gibt, die sich der Stimme enthalten möchten. – Das ist nicht der Fall. Dann stelle ich in Übereinstimmung mit den Kollegen rechts und links von mir fest, dass der **Einzelplan 03 in zweiter Lesung in der Fassung der Beschlussempfehlung unverändert angenommen** wurde.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich rufe nun auf:

**Einzelplan 05
Ministerium für Schule und Bildung**

Beschlussempfehlung und Bericht
des Haushalts- und Finanzausschusses
Drucksache 17/8005

Ich eröffne die Aussprache und erteile für die Fraktion der SPD Frau Kollegin Voigt-Küppers das Wort. – Bitte sehr, Frau Abgeordnete.

Eva-Maria Voigt-Küppers (SPD): Danke, Frau Präsidentin. – Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Haushaltsberatungen läuten traditionell das Ende des parlamentarischen Jahres ein. Ich möchte diesen Anlass nutzen, Ihnen für das Miteinander, aber auch für das Gegeneinander zu danken. Demokratie lebt von unterschiedlichen Meinungen. Sie auszutragen und den Kompromiss zu finden, ist unser aller Aufgabe.

Der Haushaltsentwurf ist im Grunde genommen die Erklärung der Regierung über das, was sie im nächsten Jahr tun möchte. Auch am heutigen Morgen habe ich mich sehr häufig gewundert, dass wir nicht über das diskutiert haben, was in der Zukunft geschehen soll, sondern über das, was in der Vergangenheit geschehen ist.

Nichtsdestotrotz möchte ich an dieser Stelle festhalten, dass ich den meisten hier im Raume zugestehe, dass sie ihre Aufgaben ernst nehmen und in unserem Bereich ein zukunftsfähiges Bildungssystem für Nordrhein-Westfalen erstreiten wollen.

Dabei gibt es unterschiedliche Wege und unterschiedliche Ziele, aber es ist wichtig, dass wir dabei gut miteinander umgehen. – Auch Ihr Engagement, Frau Ministerin, schätzen wir und halten Ihre Mühen für aufrichtig. Doch bemüht zu sein, reicht nicht.

Und damit bin ich beim Thema. Sie haben mehrfach erwähnt, dass der Schuletat wächst – um 6,5 %, um die genaue Zahl zu nennen. Ich bin mir sicher, gleich werden Sie wieder sagen, dass Sie die Zahl der Lehrerstellen erhöht haben, dass die OGS-Pauschalen angehoben worden sind. Ich könnte diese Liste fortsetzen.

Das alles ist gut, das alles ist richtig. Ich möchte auch klar sagen, dass wir nicht alles schlecht finden, was Sie machen. Vieles ist sinnvoll und braucht unsere Unterstützung. Aber was Sie tun, reicht nicht.

Im Wahlkampf, Frau Ministerin, hat Ihre Partei erklärt, dass sie dafür sorgen wolle, dass wir die weltbeste Bildung bekommen. Tatsache ist heute nach wie vor, dass wir meilenweit davon entfernt sind, den OECD-Durchschnitt zu erreichen, von der Spitzengruppe ganz zu schweigen. Eine Änderung ist nicht von heute auf morgen zu schaffen – das ist uns völlig klar –, aber ein Änderungswille müsste sichtbar sein.

Wir erkennen allerdings keine Ambitionen, an diesem Status etwas zu ändern, und das, obwohl Ihr Anspruch – wie gerade festgestellt – der der weltbesten Bildung ist. Um wirklich weltbeste Bildung zu gewährleisten, braucht unser Bildungssystem strukturelle Änderungen und kein Klein-Klein.

Wir brauchen zum Beispiel einen schulscharfen Sozialindex. Den Antrag haben wir im April 2019 eingebracht, und Sie haben ihn abgelehnt. Stattdessen feiern Sie sich für 60 Talentschulen. Das ist Politik für die wenigen, nicht für die vielen.

(Vereinzelt Beifall von der SPD)

Ein großes Streitthema ist „A13 für alle“. Auch heute Morgen haben wir das schon häufiger gehört. Wir wissen – das ist durch Gutachten bestätigt –, dass alle Lehrerinnen, ob in Grundschulen, Hauptschulen, Realschulen, Gymnasien oder Gesamtschulen die gleiche Ausbildung haben.

Auch Sie bestätigen immer wieder, dass man bei gleicher Ausbildung das gleiche Einstiegsamt haben müsste. Allein, der Wille ist da, das scheint aber bei Ihrem Finanzminister nicht angekommen zu sein. Eigentlich finde ich es ausgesprochen schade, wenn man sagen muss: Die Bildungspolitik wird nicht von Bildungspolitikern, nicht von der Schulministerin gemacht, sondern vom Finanzminister gesteuert – der jetzt nicht da ist –, der letztendlich die Standards festlegt.

(Beifall von der SPD, Sigrid Beer [GRÜNE] und Josefine Paul [GRÜNE])